



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche hat der Deutsche Bundestag in seiner Arbeit noch einmal einen fulminanten Schlussspurt hingelegt. Die Fülle der Anträge und Gesetzesvorlagen einzeln aufzuzählen und inhaltlich zu beschreiben würde den Rahmen leicht sprengen. Deshalb habe ich mich diesmal dafür entschieden, in diesem Bericht aus Berlin, eine Sicht von außen auf unsere Arbeit, zu Wort kommen zu lassen.

Der angehängte Artikel aus der Onlineausgabe des „Handelsblatt“ vom 19. Juni 2009 illustriert, wie ich finde, unser absolviertes Arbeitspensum ganz gut. Nicht alle Positionen darin muss man teilen, aber im Großen und Ganzen stimmt die Richtung.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen Ihr

Marathonsitzung - Der Bundestag übertrifft sich selbst

von Daniel Goffart

Der Bundestag hat sich in der Nacht zum Freitag selbst übertroffen. Erst um 1.01 Uhr morgens schloss Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) die Parlamentssitzung, die am Donnerstagvormittag um 9.00 Uhr begonnen hatte. Damit überboten die Abgeordneten den bisherigen Rekord der laufenden Legislaturperiode um eine gute halbe Stunde.

BERLIN. Nicht alles, was der Bundestag jetzt noch beschließt, ist wirklich wichtig. Das „Schulobst-Gesetz“ aber liegt der Großen Koalition offenbar sehr am Herzen. Weit nach Mitternacht, so zumindest die Tagesordnung des Bundestages, hat der Gesetzgeber nämlich schnell noch beschlossen, dass der Verzehr von Äpfel und Birnen an deutschen Schulen künftig besonders gefördert werden soll. Nun kann man sich trefflich fragen, wie es um Deutschland bestellt ist, wenn anstelle der Eltern die Legislative für Schulverpflegung und Frischobst im Klassenzimmer sorgen muss. Doch für solche gesellschaftskritischen Sinnfragen bleibt in diesen Tagen keine Zeit mehr: Freitag und die erste Juliwoche bieten der Bundesregierung die letzte Chance, vor Sommerpause und Wahlkampf noch alle verbliebenen Vorhaben durch das Parlament zu peitschen.

Dem zur Jahreswende laut gewordenen Vorwurf, die Große Koalition bringe nichts mehr auf die Beine, begegnen die Parlamentarier jedenfalls mit einer beeindruckend langen Liste gesetzlicher Restarbeit. Nach dem letzten Stand umfasste die Tagesordnung 51 Punkte. Mit Einbringung, Aussprache und Abstimmung hätte das ganze Spektakel wohl von neun Uhr Donnerstagmorgen bis Freitag vier Uhr früh gedauert.

Doch angesichts dieser nachtschlafenen Zeiten hat selbst die diskutierfreudigsten Abgeordneten offenbar die Lust an der Debatte verlassen. Die meisten Reden zu den zahlreichen Gesetzen und Novellen wurden am Donnerstag im Laufe des Tages zu Protokoll gegeben. Dadurch schrumpfte die Sitzungsdauer nach letzter Schätzung immerhin um rund drei Stunden zusammen. Laut Planung sollte die längste Sitzung des Bundestages in dieser Legislaturperiode dann um 01.40 Uhr beendet worden sein.

Damit stellten die Abgeordneten der 16. Wahlperiode jedoch keinen Rekord auf. Den halten laut Protokollen des Stenographischen Dienstes die Parlamentarier des ersten Deutschen Bundestages. Bis 6.32 Uhr stritten 1949 die SPD von Kurt Schumacher mit der CDU des damaligen Kanzlers Konrad Adenauer über die im Petersberger Abkommen festgelegte Westbindung der noch jungen Bundesrepublik. Für die Saaldiener des Bundestages sind solche Mammut Sitzungen eine besondere Herausforderung, müssen sie doch bis zur letzten Minute Präsenz zeigen. Beim Aufräumen finden die immer noch im Frack gekleideten Diener in den Bankreihen der Abgeordneten dann kiloweise Zeitungen, Notizen, Berichte und andere, oft unterhaltsamere Druckwaren. „Man glaubt gar nicht, womit die Volksvertreter sich unter der Bank so alles die Zeit vertreiben“, sagt ein Altgedienter schmunzelnd.



Zur Abstimmung kamen zahlreiche umstrittene Gesetzesvorhaben. Zu den wichtigsten gehören die verschärften Regeln für Manager. Vor allem aus der Wirtschaft hatte es dazu zahlreiche Einwände gegeben. Sogar 15 Aufsichtsratsvorsitzende großer deutscher Unternehmen hatten sich in einem Brief an die Bundeskanzlerin gegen das Gesetz gewehrt.

Eine über die Parteigrenzen hinweg gehende Auseinandersetzung fand auch über das Thema Patientenverfügung statt. Da es um die ethisch heikle Frage geht, wer wann über die Fortsetzung einer lebenserhaltenden Behandlung entscheiden darf, war der Fraktionszwang aufgehoben.

Nicht zuletzt das Gesetz über Internetsperren zum Kampf gegen die Verbreitung der Kinderpornographie hatte vor allem in der Bloggerszene und bei den kleineren Netzbetreibern für Unmut gesorgt. Eines klappte jedoch nicht – die vom Bundesverfassungsgericht angeordnete Änderung des Wahlrechts.

Der Bundestag hat seinen Schlussspurt vor Sommerpause und Bundestagswahl begonnen. Unter anderen werden am Donnerstag und Freitag diese Gesetze beschlossen:

Kinderpornografie

Das heftig von der Internetwirtschaft kritisierte Gesetz soll den Zugang zu einschlägigen Seiten im Internet unterbinden. Anders als ursprünglich geplant, sollen personenbezogene Daten von Nutzern dieser Internetseiten, die auf die neue „Stoppschild“-Seite umgeleitet und dort über den Grund für die Seitensperre informiert werden, nicht gespeichert und nicht zur Strafverfolgung genutzt werden. Nach dem Prinzip „Löschen vor Sperren“ wird eine Kinderporno-Seite dann gesperrt, wenn alle anderen Maßnahmen „nicht in angemessener Zeit“ zum Erfolg führen. Die Provider sollen zunächst aufgefordert werden, die Seiten aus dem Netz zu nehmen. Bei Providern im Ausland müssen dazu die dortigen Polizeibehörden eingeschaltet werden. Kritiker halten das Stoppschild für leicht zu umgehen.

Managergehälter

Der Bundestag hat endgültig die härteren Regeln für die Vorstandsvergütung beschlossen, die Manager zur Ausrichtung auf den langfristigen Erfolg motivieren sollen.

Feste Fehmarnbeltquerung

Deutschland beteiligt sich an der geplanten festen Verbindung zwischen der deutschen Ostsee-Insel Fehmarn und der dänischen Insel Lolland. Dänemark will die Kosten für den Bau der 19 Kilometer langen festen Verbindung alleine übernehmen und durch spätere Mautgebühren finanzieren. Deutschland soll die Anbindung der Querung finanzieren. Wahrscheinlich wird eine Brücke gebaut, als Alternative ein Tunnel. Umweltverbände in Norddeutschland protestieren dagegen.

Arzneimittelrecht

Es wird an europäische Verordnungen über Kinderarzneimittel sowie über Arzneimittel für neuartige Therapien angepasst. Durch ein neues Anwendungsverbot für bedenkliche Arzneimittel sollen Strafbarkeitslücken geschlossen werden. Vorgesehen ist auch eine bessere Bekämpfung von Arzneimittelfälschungen. Der Informationsaustausch mit anderen Staaten über Arzneimittelrisiken wird leichter. Die sozialpsychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen wird verbessert.

Bauforderungssicherungsgesetz

Baufirmen, die mehrere Projekte parallel bauen, müssen ab Januar 2009 sämtliche Zahlungsströme projektbezogen separieren. Zahlungen jedes Auftraggebers dürfen nur noch exakt für dessen Auftrag eingesetzt werden. So soll kein Geld mehr vorbei an Subunternehmern des einen Projekts zu anderen Gläubigern fließen können. Die Bauindustrie protestierte heftig, aber vergeblich. Neben kleineren Änderungen am Energiesteuergesetz, dem Naturschutzgesetz, dem Europolgesetz und dem Terrorismusbekämpfungsgesetz, die am Freitag verabschiedet werden, hat der Bundestag wegen Streits in der schwarz-roten Koalition folgende Gesetze auf die letzte Sitzungswoche vor der Sommerpause ab 29. Juni verschoben: das Finanzmarkt- und Versicherungsaufsichtsgesetz, das Gesetz über die neue Kohlendioxid-speichertechnik CCS und das Steuerrückforderungsbekämpfungsgesetz.